Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chóśebuz



Antrag

Antrags-Nr.: 016/17		
öffentlich	□ nichtöffentlich	

Antragsteller:	DIE LINKE	Antragsdatum:
		10. April 2017

Destudy Des						10. April 2017	
Haushalt und Finanzen	Berat	ungsfolge:	Datum			Datum	
Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen Stadtverordnetenversammlung 26.04.2017 Wirtschaft, Bau und Verkehr Ortsbeiräte/Ortsbeirat JHA Bildung, Schule, Sport u. Kultur JHA Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh. Prüfrung von Entscheidungen zur Abschiebung von Personen in Krisengebiete Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadtverwaltung/Auslanderbehörde wird beauftragt, Entscheidungen zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern erst nach sorgfältiger und intensiver Prüfung des Einzefalls zu treffen. Dabei sollen Krierien wie ansiehende bzw. besondere Beachtung finden. Abschiebungen in Länder, die sich im Kriegszustand (z.B. Afghanistan) befinden sollen generell nicht erfolgen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungshaft zur Sicherung der Ausreisepflicht grundsätzlich vermieden wird. 3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzeffaltgrüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielraume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a Aufenthö) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Auslanderbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedurftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass sor jeder Abschiebung durch die Auslanderbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedurftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschweiligen Zugang zu einer unabhangigen Asylverfahrensberatung haben. Der Oberbürgermeister wird gebeten,	☐ Die	nstberatung Rathausspitze		☐ Umw	elt		
Wirtschaft, Bau und Verkehr	☐ Haushalt und Finanzen				auptausschuss 19.04.2		
Bildung, Schule, Sport u. Kultur	Red	cht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen			adtverordnetenversammlung 26.04		
Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.	☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsb	Ortsbeiräte/Ortsbeirat			
Antragsgegenstand: Prüfung von Entscheidungen zur Abschiebung von Personen in Krisengebiete Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 1. Die Stadtverwaltung/Ausländerbehorde wird beauftragt, Entscheidungen zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern erst nach sorgfältiger und intensiver Prüfung des Einzelfalls zu treffen. Dabei sollen Kriterien wie anstehende bzw. begonnene Aufnahme von Ausbildung und Arbeit, familiäre Verhältnisse, gute Integrationsaussichten usw. eine besondere Beachtung finden. Abschiebungen in Länder, die sich im Kriegszustand (z.B. Afghanistan) betinden sollen genertell nicht erfolgen. 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungshaft zur Sicherung der Ausreisepflicht grundsätzlich vermieden wird. 3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzelfallprüfung bei der Erreilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a AufenthG) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensäkle entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: anzahl der Nein-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	□ Bild	lung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA			
Inhalt des Antrages: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Die Stadtverwaltung/Ausländerbehörde wird beauftragt, Entscheidungen zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern erst nach sorgfältiger und intensiver Prüfung des Einzelfalls zu treffen. Dabei sollen Kriterien wie anstehende bzw. begonnene Aufnahme von Ausbildung und Arbeit, familiäre Verhältnisse, gute Integrationsaussichten usw. eine besondere Beachtung finden. Abschiebungen in Länder, die sich im Kriegszustand (z.B. Afghanistan) befinden sollen generell nicht erfolgen. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungshaft zur Sicherung der Ausreisepflicht grundsätzlich vermieden wird. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzelfaltprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserfaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a Aufenth6) prüft und nutzt. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: Tagung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	☐ Soz	ziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.					
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 1. Die Stadtverwaltung/Ausländerbehörde wird beauftragt, Entscheidungen zur Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern erst nach sorgfältiger und intensiver Prüfung des Einzelfalls zu treffen. Dabei sollen Kriterien wie anstehende bzw. begonnene Aufnahme von Ausbildung und Arbeit, familiäre Verhältnisse, gute Integrationsaussichten usw. eine besondere Beachtung finden. Abschiebungen in Länder, die sich im Kriegszustand (z.B. Afghanistan) befinden sollen generell nicht erfolgen. 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungshaft zur Sicherung der Ausreisepflicht grundsätzlich vermieden wird. 3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzelfallprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a AufenthG) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: einstimmig mit Stimmenmehrheit Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	Prü	fung von Entscheidunge	en zur Al	bschiel	oung von Perso	nen in	
nach sorgfältiger und intensiver Prüfung des Einzelfals zu treffen. Dabei sollen Kriterien wie anstenende bzw. begonnene Aufnahmer von Ausbildung und Arbeit, familiäre Verhaltnisse, gute Integrationsaussichten usw. eine besondere Beachtung finden. Abschiebungen in Länder, die sich im Kriegszustand (z.B. Afghanistan) befinden sollen generell nicht erfolgen. 2. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass Abschiebungshaft zur Sicherung der Ausreisepflicht grundsätzlich vermieden wird. 3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzelfallprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a AufenthG) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	' <u>-</u>		ließen:				
grundsätzlich vermieden wird. 3. Der Oberbürgermeister wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass die Ausländerbehörde im Rahmen einer sorgfältigen Einzelfallprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a AufenthG) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	1.	nach sorgfältiger und intensiver Prüfung d Aufnahme von Ausbildung und Arbeit, fam	es Einzelfalls z niliäre Verhältni	zu treffen. Da sse, gute Inte	bei sollen Kriterien wie anste egrationsaussichten usw. ein	chende bzw. begonnene e besondere Beachtung	
Einzelfallprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des Aufenthaltsrechts (§§ 25, 25a, 25b, 60 und 60a AufenthG) prüft und nutzt. 4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in	2.						
ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der Verfahrensakte entsprechend festzuhalten. 5. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass Asylsuchende in jedem Abschnitt des Asylverfahrens einen niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in	3.	Einzelfallprüfung bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen die Ermessensspielräume der gesetzlichen Regelungen des					
niedrigschwelligen Zugang zu einer unabhängigen Asylverfahrensberatung haben. Unterschrift Antragsteller/in Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Beschluss-Nr.: Tagung am: TOP: anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen:	4. Der Oberbürgermeister wird gebeten, sicherzustellen, dass vor jeder Abschiebung durch die Ausländerbehörden geprüft wird, ob eine besondere Schutzbedürftigkeit im Sinne der EU-Aufnahmerichtlinie vorliegt und das Ergebnis dieser Prüfung in der						
Beschlussniederschrift: Gremium: HA StVV Tagung am: TOP: einstimmig mit Stimmenmehrheit Anzahl der Ja-Stimmen: laut Antragsvorschlag Anzahl der Nein-Stimmen:	5.					Asylverfahrens einen	
Gremium: HA StVV Tagung am: TOP: einstimmig mit Stimmenmehrheit Anzahl der Ja-Stimmen: laut Antragsvorschlag Anzahl der Nein-Stimmen:		Unterschrift Antragsteller/in					
 □ einstimmig □ mit Stimmenmehrheit □ laut Antragsvorschlag □ Anzahl der Nein-Stimmen: 	——————————————————————————————————————						
 einstimmig mit Stimmenmehrheit Anzahl der Ja-Stimmen: Anzahl der Nein-Stimmen: 					Tagung am:	TOP:	
☐ laut Antragsvorschlag Anzahl der Nein -Stimmen:		einstimmig 🔲 mit S	Stimmenme	ehrheit	Anzahl der Ja -Stin	nmen:	
	_						

Begründung:

Am 27. März 2017 wurde in der kreisfreien Stadt Brandenburg a. d. Havel ein junger Afghane durch Polizisten von der Arbeitsstelle geholt und per PKW nach München gebracht. Von dort erfolgte per Flugzeug im Sammeltransport die Abschiebung in die afghanische Hauptstadt Kabul.

Es ist aus humanitären Gründen nicht nachvollziehbar, wenn Menschen in einen Krieg zurückgebracht werden, vor dem sie unter enormen Anstrengungen geflohen sind. In diesem Fall kam noch dazu, dass die Integrationsbemühungen beider Seiten offensichtlich Früchte trugen.

Auch in unserer Stadt bemühen sich Verwaltung und viele ehrenamtliche Kräfte Flüchtlingen nicht nur eine menschenwürdige Aufnahme zu geben, sondern sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Die Entscheidungen zu einem Asylantrag erfolgen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorwiegend nach Aktenlage. Die Behörden vor Ort fällen die aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen. Damit verbunden ist die gesetzlich eingeräumte Möglichkeit einer weitergehenden Prüfung aller tatsächlichen Lebensumstände. Dieser Handlungsspielraum sollte im humanitären Sinne genutzt werden.